

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Organ für das werktätige Volk
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Schmutzigen Hauptblätter Nr. 10 ist durch oder ohne Einschluß anderer Zeitungen, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abbestellungspreis mit der höchsten Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“ sowie der illustrierten Wochenbeilage „Licht und Schatten“ monatlich 2,40 M., einjährig 24 M., vierteljährig 6 M., Sonntags 2 M., einzeln 25 Pf., Belegzahlungen nur mit „Sonntags“ 1,00 M. zusätzlich Post- und Zubehörsgebühren.

Abbestellungspreis: Die 30 mm breite Kompaktpapierzeitung 35 Pf., die 90 mm breite Beklebung 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangehörigen, Stellen- u. Mitgliedschaften 20 Pf. netto. Für Brieflieferungen 10 Pf. Einschluss 10 Pf.

Abbestellungspreis: Die 30 mm breite Kompaktpapierzeitung 35 Pf., die 90 mm breite Beklebung 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 M., abzüglich Preisermäßigung laut Tarif. Familienangehörigen, Stellen- u. Mitgliedschaften 20 Pf. netto. Für Brieflieferungen 10 Pf. Einschluss 10 Pf.

Nr. 240 Dresden, Mittwoch, den 12. Oktober 1932 43. Jahrgang

Umtriebe des Kronprinzen

Hochverräterische Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie - Farbloses Dementi

Kronprinz Wilhelm, der glorreiche Feldherr von Charleville, hat nicht nur die Sorge um seine Güter, Schloßer und Pensionen sowie um seine zahlreiche Familie. Er bangt und sorgt sich auch um das Wohl des am 9. November von ihm und seinem Papa so schönlich in Not und Leid übergelassenen deutschen Volkes. Obwohl dieses von dem Hohenzollern die Nase voll hat und auf jede neue monarchische Begünstigung verzichtet, und obwohl die Friedrich-Wilhelms, die Ferdinand, die Luise, die Ethel und die Louis für alle Zeiten schriftlich verzichtet haben, stant der Kronprinz Tag und Nacht, wie er Deutschland „erretten“, wie er wieder den Thron besetzen könne. Am Dienstag liess er der Vorwärts einen Beitrag dergleichen. Er stellt folgende Erklärung des Kronprinzen unter Verweis:

neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht von Wittelsbach sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Kronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaufeldzugs treten.

Bald nach dieser Veröffentlichung des Vorwärts haben die Pressebedienten des Herrn v. Papen folgendes nichtslagendes Dementi erlassen:

„Die Reichsregierung stellt zu dem im Vorwärts veröffentlichten Gerücht über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daraus geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt.“

Daß es sich hier um ein Phantasieprodukt des Vorwärts handelt, sagt das Dementi nicht. Es könnte also nur der Kronprinz phantasiert haben. Diesem „Phantasten“ hat aber Herr v. Papen noch am Sonntag öffentlich und warm die Hand gedrückt, und was dieser sonderbare Reichskanzler der Republik dabei vom künftigen neuen Reich erklärte, für das er, der Kronprinz, und der gekante monarchistische Stahlhelm nicht vergebens 13 Jahre gekämpft hätten, das ist gewiß kein Phantasieprodukt eines Reporters. Warum soll also jetzt der Kronprinz phantazieren?

Miliz und „Miliz“

Von Julius Deutsch, Wien

Als Papen-Schleicher ihre Anfristungsforderung dem Völkerverbande übermittelten, hüllten sie sich in die Loga der Demokratie. Na, sie verlangten für Deutschland keineswegs ein „Stehendes Heer“, wie man das von einer Regierung preußischer Junker erwarten mochte. Nein, sie hatten die Zeit, in der wir leben, wenigstens so weit begriffen, daß sie auch auf dem ureigensten Arbeitsgebiet der Junker, auf dem des Militarismus, eine demokratische Gestalt nicht mehr glauben entbehren zu können. Also erinnerten sie sich, daß schon vor Jahrzehnten die deutsche sowohl wie die französische Demokratie für eine Miliz, als die demokratischste Wehrverfassung eines Volkes, eingetreten waren. Darum sollte das, was einem Papen und einem Jaures recht war, nicht den Papen und Schleicher billig sein? Unter der Devise: „Zieht, wir Wäldern sind doch bessere Menschen“... und... „Wir wissen, was wir dem Zeitgeist schulden“, traten sie in die mehrpolitische Arena mit der Forderung nach einer deutschen Miliz.

Rum entstand eine Diskussion über die Probleme der Wehrhaftigkeit unseres Volkes, in der von Hochzeiten, die weit links stehen, die Frage unterzucht wurde, ob die Sozialdemokratie nicht doch gut daran täte, jetzt ihre alte Milizforderung wieder aufzunehmen. Bekanntlich haben nämlich sowohl die deutsche, als auch die österreichische Sozialdemokratie in den Jahren nach dem Kriege die Forderung nach einer Miliz aus ihren Programmen gestrichen und sich damit begnügt, ganz allgemein zu erklären, daß die Wehrmacht zu demokratisieren sei. Darunter verstand man, daß die Wehrmacht — gleichgültig nach welchem System sie aufgebaut ist — dem bisher übermächtigen Einfluß des reaktionären Berufs-offizierskorps entzogen und unter einer scharfen Kontrolle des ganzen Volkes, beziehungsweise seiner Vertretung, gestellt werden sollte.

Nun aber, angesichts der Papen-Schleicherischen Anfristungspläne, stellt man sich so an, als ob „Demokratisierung der Wehrverfassung“ und „Miliz“ ein und dasselbe wären. Deshalb sei mit allem Nachdruck darauf verwiesen, daß auch ein Soldatnerheer unter Umständen einen demokratischen Gehalt haben kann, wie beispielsweise Oesterreichs erstes Jahrzehnt republikanischer Geschichte dargelegt hat, während andererseits auch in einer Miliz sehr reaktionäre Elemente bestimmend sein können. Es kommt nämlich nicht auf das

Letzter Notruf

Hamburg wehrt sich gegen Zerschlagung des Außenhandels

Hamburg, 12. Oktober. (Fig. Funk.) Der Hamburger Senat hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Erfahrungen seit der Einleitung von Verhandlungen über Einfuhrkontingente bestätigen die Behauptungen der Hansestädte in vollem Umfange. Reichsweite Schädigungen des Ausfuhrhandels mit Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Island sind bereits eingetreten. Der Export deutscher Exporteure im Ausland wird vielfach grundföhllich unter Hinterrückung abgelehnt. Der englische Export ist überall im Vordergrund, dank großzügiger Propaganda. Nur durch entschlossenen Verzicht auf die Durchführung der Einfuhrkontingenterungen kann das Schlimmste verhindert werden. Wir stehen zu mündlichen Erläuterungen gern zur Verfügung.“

In Paris horcht man auf

P. Paris, 12. Oktober. (Fig. Funk.) Die Enthüllungen des Vorwärts über die Pläne des Kronprinzen haben in Paris großes Aufsehen erregt und werden von allen Morgenzeitungen ausführlich wiedergegeben. Trotz dem Dementi der Reichsregierung glaubt man hier, daß an den Informationen des Vorwärts etwas Wahres ist.

Der Berliner Korrespondent des Matin erklärt dazu: „Bekanntlich sind Enthüllungen dieser Art seit einiger Zeit schon häufig erfolgt, aber der vom Vorwärts mitgeteilte Plan — und das verdient unterstrichen zu werden — ist der erste, in dem der Name Adolf Hitlers nicht erwähnt wird. Eine derartige Enthüllung zu große Bedeutung beizulegen ist es trotzdem angebracht, mit größter Aufmerksamkeit die Propaganda zu verfolgen, der sich seit ziemlich langer Zeit gewisse politische Kreise bedienen, um die Rückkehr der Hohenzollern zu erleichtern. Bisher hat die Reichsregierung sich damit begnügt, in einem lakonischen Dementi zu erklären, daß die Enthüllungen des Vorwärts jeder Grundlage entbehren. Die Berliner politischen Kreise stellen aber mit einer gewissen Ueberrückung fest, daß der Vorwärts nicht verdonkelt worden ist. Diese Tatsache wird lebhaft kommentiert.“

Straßers Sozialismus

Der Bonzenführer schreibt das Wirtschaftsprogramm um

Der bekannte amerikanische Journalist Knickerbocker wurde im Empfangsraum der Nationalsozialisten im Berliner Hotel Kaiserhof, unter den Bildern Friedrichs II. und Wilhelms II., eine Unterredung mit Gregor Straßer, dem Hauptwirtschaftler dieser Partei, dem Führer des linken Flügels von Adolf Hitlers Braubunden. In einem im Sowohlit-Berlag, Berlin, erschienenen Buche berichtet Knickerbocker recht interessant über diese Aussprache mit dem Rastführer, der „in dem Maße steht, der Führer des antikapitalistischen Flügels der Partei zu sein“. Sehr zu beachten, wie man gleich sehen wird.

Gregor Straßer, der erst vor wenigen Monaten das offizielle „Unmittelbare Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei“ in einer ersten Auflage von 600 000 Stück als „Zwangsführer für Tribüne und Presse der Partei“ herausgegeben und gezeichnet hat, verlegte nunmehr bereits schon sein Nachwerk in seinen grundlegenden Schriften und bekennt sich offen zum Privatkapitalismus. — Erklärte doch Straßer dem Amerikaner:

Daraus ergibt sich einwandfrei, daß der Kapitalismus von dem Sozialismus der Nazis nicht zu fürchten hat.

„Herr Straßer“, schreibt Knickerbocker nach seiner Unterredung, „gerieth das traditionelle Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei buchstäblich in Freken.“ Die Befehlung Straßers vom Pseudosozialisten zum Verechter des Privatkapitalismus muß gründlich sein, denn er erklärte Knickerbocker, er habe die Absicht,

das Programm zurückzuschieben und umzuschreiben; er sei auch genötigt gewesen, den Rücktritt von Kollegen anzunehmen, die darauf bestanden hätten, doktrinär zu sein und an Ideen festzuhalten, die er jetzt als überaltert betrachtete. Wohlverstandenen: sozialistische Ideen!

Straßers Verzicht erstreckt sich auch auf die Autarkieforderung, die die Nazis bisher laut verkündet haben, jenes Verlangen, Deutschland solle sich wirtschaftlich ganz und gar allein erhalten. Denn im Programm steht der Satz: „Es ist wünschenswert, daß wir so weit wie möglich alles, was wir konsumieren, in Deutschland erzeugen.“

Auf den Einwand Knickerbockers, Mussolini sei ein Gegner des Autarkiegedankens und habe erklärt, so etwas würde zu nationaler und internationaler Verarmung führen, bemerkte Straßer:

„Aber wie kommt es denn darauf, daß wir für eine absolute Autarkie sind? Das sind wir durchaus nicht.“

das ist ein Teil des Programms, der umgeschrieben werden muß. Wir treten lediglich dafür ein, daß hinreichende Möglichkeiten für eine Erzeugung der primitivsten und notwendigsten Waren zur Befriedigung der Lebensnotwendigkeiten innerhalb Deutschlands entwickelt werden, damit es uns ermöglicht wird, uns im Falle einer Notlage zu verteidigen.“

So leben die Grundzüge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik aus! Der Sozialismus wird nach Bedarf und Belieben umgewandelt wie das Hemd. Einziger Grundlag: Grundlosigkeit!

Papen flötet föderativ

Von Preußen schweigt er — in Bayern

B. München, 11. Okt. (Fig. Draht.) Der Papen der Baronsregierung hat seiner Reise nach München eine „hochpolitische Bedeutung“ gegeben, die ihr aber nach Informationen von bayerischer Regierungseite keineswegs zukommt. Mit demonstrativem Lächeln hat Papen erklärt, die Parole sei: Nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vieltausendfältigen Kräften, die gewachsen seien aus allen Teilen des deutschen Volkes und die sich zur Mitarbeit anböten. Papen feierte die „Länder“ in allen Farben und sprach von ihren „unantastbaren Rechten“.

Die Bayern lächelten verstehend und dachten an Preußen, dessen Rechte Papen mit brutaler Gewalt antastete. Daher klagt Bayern zusammen mit Preußen vor dem Staatsgerichtshof gegen denselben Papen, der die „Rechte der Länder“ auf den Lippen führt. Die Bayern guxten Herrn Papen nicht allein aufs Maul, sondern auch auf die Kräfte.

Schließlich versprach der Diktator über Preußen den Bayern, daß vor der von ihm vorbereiteten Verfassungsänderung die Regierungen der Länder „gehört“ werden sollen.